



Flucht, Migration und Entwicklung

Sichtweise und Handlungsoptionen aus der Perspektive der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission

Im Zusammenhang mit steigenden Flüchtlingszahlen und Asylansuchen in Europa dominieren neben verstärktem Grenzschutz und Verschärfung der Asylgesetze der Ruf nach „Mehr Hilfe vor Ort“ unter dem Motto „Fluchtursachen bekämpfen“ die Debatte. Das vorliegende Papier greift Fakten auf und zeigt Lösungsansätze und deren Grenzen aus der Perspektive kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit auf.

Hintergründe & Fakten

Migration und Flucht sind zu unterscheiden. Migration beschreibt menschliche Wanderbewegungen, die eine Grundkompetenz und Überlebensstrategie von Menschen darstellen und unterschiedliche Beweggründe haben – von familiären Gründen über Bildungs- bis Berufschancen. Einer freiwilligen Entscheidung steht die „Zwangsmigration“ im Kontext der Flucht gegenüber: Menschen **müssen** ihre Heimat verlassen, weil ihr (Über)leben in Gefahr ist und machen sich auf einen von vielfachen Gefahren begleiteten Weg. 2015 erreichte ihre Zahl eine Rekordhöhe von 65 Millionen¹. Die Mehrheit dieser Menschen bleibt als „Intern Vertriebene“ im eigenen Land. 21 Millionen wurden als Flüchtlinge in anderen Ländern aufgenommen, dazu kommen 3 Millionen Asylsuchende. Einem Flüchtling steht auf Basis der [Genfer Flüchtlingskonvention](#) völkerrechtlicher Schutz im Aufnahmeland zu. Neben den klar umgrenzten persönlichen Verfolgungsgründen, spielt eine Erweiterung des Flüchtlingsbegriffs auch auf Personen, die vor Krieg und Unruhen fliehen, eine zunehmende Rolle. In Diskussion ist auch das Thema „Klimaflüchtlinge“, eine rechtliche Anerkennung gibt es dafür bisher keine.

Dass die Mehrheit dieser Menschen Aufnahme in ärmeren Ländern v.a. im mittleren Osten und Afrika findet (86%!), relativiert die eurozentrische Sicht auf das Thema, die von einer starken Abwehrhaltung gegenüber Fluchtbewegungen nach Europa geprägt ist. Unter deren stärksten Herkunftsländern finden sich vor allem von Krieg und Gewalt geschüttelte Länder wie Syrien, Afghanistan, Somalia, Sudan und Süd-Sudan. Die Hauptaufnahmeländer befinden sich in den jeweiligen Regionen – neben Türkei, Pakistan, Libanon und Jordanien finden sich auch afrikanische Länder wie Äthiopien, Kenia, Uganda im Spitzenfeld.

„Fluchtursachen“

Wenn wir von „Fluchtursachen“ sprechen, müssen wir dahinter liegende Krisen und Probleme ganzheitlich und differenziert betrachten. Dabei ist es sinnvoll, zwischen den Ursachen (Drivers) und unmittelbaren Auslösern (Trigger) zu unterscheiden², die die Spitze des Eisbergs darstellen, wenn dahinterliegende Ursachen etwa in gewaltsamen Konflikten und Verfolgung kumulieren und unmittelbar zu Fluchtbewegungen führen.

Konflikte und Kriege haben meist auch geopolitische und weltwirtschaftliche Dimensionen. Dabei spielen etwa die Nachfrage nach Land, Wasser, Nahrung, Bodenschätzen oder Energie eine wichtige Rolle. Dazu kommen schlechte Regierungsführung, Menschenrechtsverletzungen und Korruption, die Ungleichheit und Diskriminierung verschärfen. Fluchtursachen überschneiden, überlagern und verstärken sich häufig, z.B. wenn als Folgen des Klimawandels, Hitze ganze Regionen austrocknet, der Regen ausbleibt und die Ernten sich verschlechtern. Die dadurch entstehende Ressourcenknappheit wiederum heizt Konflikte und Kriege an, sodass Menschen erst recht gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Waffenhandel kann diese Situation noch zusätzlich befeuern³. Waffengewalt trägt maßgeblich zur Eskalation von Konflikten bei. Sie fordert jährlich 740.000 Todesopfer, erschwert eine friedliche Lösung, tragen darüber hinaus zur Destabilisierung von Gesellschaften bei und kann die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes hemmen.

Das *Internal Displacement Monitoring Centre* nennt als Ursachen für die Rekordzahlen an Vertriebenen im Jahr 2015 neben Konflikten und Gewalt im Mittleren Osten, in Nordafrika und Subsahara Afrika sowie Katastrophen und Dürren weltweit, auch weniger beachtete Probleme. Dazu zählen kriminelle Gewalt z.B. im Zusammenhang mit Drogen und Gangs in Zentralamerika. Wenige Daten gibt es über Vertreibungen im Namen von „Entwicklung“ im Rahmen von Großprojekten in „nationalem Interesse“ wie Großstaudämme, Infrastruktur,

¹ s. [UNHCR Global Trends- Forced Displacement](#)

² s. [Briefing Paper: Understanding the root causes of displacement: towards a comprehensive approach to prevention and solutions](#), IDMC, Norwegian Refugee Council; Nov. 2015

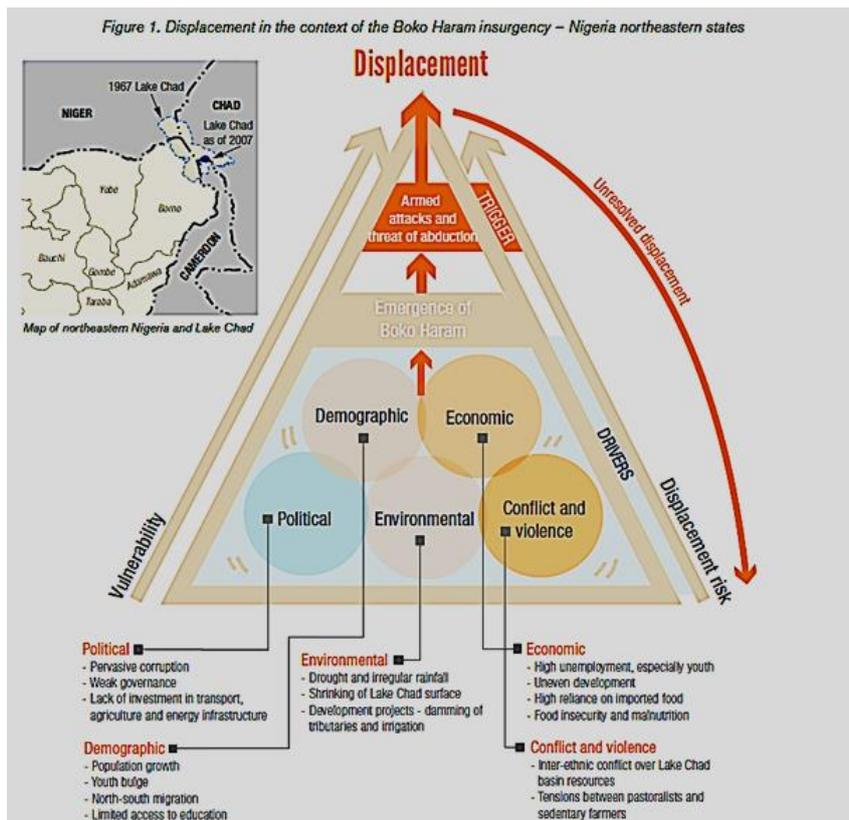
³ S. „Waffenhandel“ –Artikel von *Rima Hanano* / RESET-Redaktion, überarbeitet von *Natalie Schmidthäussler* (2013): <https://reset.org/knowledge/waffenhandel>

Bergbau, Großlandwirtschaft oder Städteausbau, die zu Lasten der angestammten BewohnerInnen geht⁴.

Frauen und Kinder sind in Folge bewaffneter Konflikte besonders von Vertreibung, Übergriffen und Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt, betroffen: Die Resolution 1325 des UNO Sicherheitsrates vom Oktober 2000 greift diese Sorge auf und streicht die Bedeutung von Frauen und Berücksichtigung einer Genderperspektive in Friedensprozessen als ein fundamentales Element der Nachhaltigkeit des Friedens hervor.

Auch in Hinblick auf die Erhaltung der Lebengrundlagen sind Geschlechterverhältnisse zu berücksichtigen: Da Subsistenzwirtschaft und Versorgung mit Wasser und Brennmaterial überwiegend in Frauenhand liegen, sind sie von Klimawandel oder Zugang zu Land besonders betroffen.

Fehlende dauerhafte Lösungen und Perspektiven für langfristig Vertriebene können zu einer zunehmenden Belastung für die Betroffenen ebenso wie für die Aufnahmegesellschaften werden und Konflikte und Fluchtbewegungen weiter anheizen⁵.



Beispiel: Flucht und Vertreibung im Zusammenhang mit Boko Haram in Nigeria
[Briefing Paper](#) IDMC, Dez. 2015: *Understanding the root causes of displacement: towards a comprehensive approach to prevention and solutions,*

Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit und -politik

Auf Grund dieser komplexen Ausgangslage ist klar, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht als Allheilmittel gegen (unerwünschte) Migration dienen kann und soll. Sie ist in der Dimension zu klein, macht nur einen Bruchteil der internationalen Geldflüsse aus und ist überlagert von anderen Politiken und Interessen. Auch kann Migration nicht eindimensional mit einem niedrigen Entwicklungsniveau begründet werden. Den Allerärmsten fehlen die Mittel, um sich in weiter entfernte Länder zu begeben.

Entwicklungszusammenarbeit und -politik **leistet einen wichtigen Beitrag**: dort, wo sie ein menschenwürdiges Leben und soziale und politische Sicherheit gewährleisten kann, und sich weniger Menschen auf den Weg machen müssen. Migration wird dann zu einer Möglichkeit unter vielen und nicht zu einer Notwendigkeit.

Umgekehrt kann und darf Migrationspolitik nicht Ausgangspunkt für entwicklungspolitische Maßnahmen sein. Eine Instrumentalisierung von Entwicklungspolitik als Mittel der Migrationsabwehr widerspricht dem notwendigen integralen Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit. So wichtig die Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern sowie ausreichende Finanzierung ist, die undifferenzierte Unterstützung von autokratischen

⁴ S. Global Report on Internal Displacement [GRID 2016](#)

⁵ S. [UNHCR: Background Paper, High Commissioner's Dialogue Distr. General on Protection Challenges Understanding and addressing root causes of displacement, November 2015](#)

Regimen und die Betonung auf Grenzschutz kann die Menschenrechtssituation verschärfen. Rückhalte- bzw. Rückführungsabkommen als Bedingung für Entwicklungsförderung kann erst recht zu Lasten der Armen und Verfolgten gehen, wenn Kürzungen der Hilfsgelder Armut verschärfen bzw. Flucht unmöglich wird. Ungeprüfte Großinvestitionen können zu weiteren Umwelt- und Menschenrechtsproblemen und Korruption führen.

Was können und sollen wir tun?

Die christliche Soziallehre und kirchliche Stimmen stellen für uns als Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) Leitlinien für unser Handeln dar. Papst Franziskus hat wiederholt die Aufnahme von Flüchtlingen und menschliches Verhalten ihnen gegenüber als Gebot der Bibel betont und globale Solidarität eingefordert. Gleichzeitig fordert er auf, nach den Ursachen der Not der Flüchtlinge zu fragen und dort anzusetzen. Neben dem vehementen Einsatz dafür, Kriege zu beenden, Konflikte zu lösen und Frieden zu verwirklichen geht es darum, die Lebensgrundlagen sicherzustellen und durch Investitionen Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen. Die UN Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sind ein Zeichen der Hoffnung und bieten viele mögliche Ansatzpunkte. Dabei spart der Papst nicht mit Systemkritik und prangert die Ausbeutung von Mensch und Natur und die damit verbundene Armut, Ungleichheit und Ungerechtigkeiten an. Der Mensch muss ins Zentrum der Entwicklung gestellt und seine Würde und Rechte gewahrt werden. Nur ein sorgsamer Umgang mit der Natur kann die Lebensgrundlagen nachhaltig sichern.

Positionierung der KOO

Grundausrichtung- Ziele

- Gerechtigkeit und Frieden und das Schaffen von Lebensgrundlagen müssen Ziel der Bemühungen sein – nicht (nur) die Verringerung der Fluchtursachen
- Die betroffenen Menschen selbst müssen im Zentrum stehen, ihre Rechte und Würde geschützt und ihre Beteiligung an der Suche und Umsetzung von Lösungen sichergestellt sein
- Die UN Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sowie die Enzyklika „Laudato Si“ dienen als Grundlagen aller Bemühungen und sollen als Chance genutzt werden

Was können wir tun? Ansätze für Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und -politik

Der Umgang mit Zwangsvertreibung und Flucht braucht einen Ansatz auf drei Ebenen:

1. Unmittelbare Unterstützung der Betroffenen
Gut koordinierte Humanitäre (Sofort)-Hilfe in Konflikt- und Katastrophengebieten sowie Unterstützung in Aufnahmegesellschaften mit einem auf die Menschenrechte gegründeten Ansatz.
2. Entwicklung längerfristiger Perspektiven
(Wieder-)Aufbau und langfristige Entwicklungszusammenarbeit.
3. Ansätze zur Prävention und Lösung von Krisen und Ansetzen an den Ursachen von Konflikten durch entsprechende Politiken, die Frieden, Menschenrechte und nachhaltige eigenständige inklusive Entwicklung in den betreffenden Ländern fördern. Neben Frieden und Sicherheit ist dabei die Sicherung der Lebensgrundlagen zentral.

Zivilgesellschaft und Hilfsorganisationen können durch Hilfe in der Not und im Rahmen konkreter Projekte einen Beitrag leisten sowie politischen Druck für Veränderungen erzeugen. Mitgliedsorganisationen der KOO sind derzeit vorrangig auf den ersten beiden Ebenen im Rahmen ihrer Projektzusammenarbeit aktiv. (s. auch Projektbeispiele). Eine Rolle der Zivilgesellschaft und der kirchlichen Entwicklungsorganisationen ist es auch, auf Basis ihrer täglichen Arbeit Lösungsvorschläge zu machen und von Politikern zielgerichtetes Handeln einzufordern (s. Ebene 3), um ein Leben in Frieden und Wohlstand für alle zu gewährleisten.

Über 80 Prozent der Menschen auf dieser Welt sind religiös. Religion prägt die Weltsicht, den Lebensstil und das Engagement der meisten Menschen. Sie ist und bleibt eine starke politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft. Durch ihre mutige und engagierte Entwicklungspolitik, ihr Eintreten für Soziales Wirtschaften, sowie gegen Gewalt, Ausbeutung und Ungerechtigkeit machen kirchliche Organisationen die Welt menschlicher und friedlicher. Religiös begründete Werte wie der Erhalt der Umwelt, Genügsamkeit und soziale Gerechtigkeit gewinnen zudem angesichts der nachhaltigen Entwicklungsziele an Bedeutung.

Zentrale Anliegen der KOO an die Politik

Die KOO fordert die Österreichische Bundesregierung auf, in ihrem Tätigkeitsbereich folgende Anliegen umzusetzen und sich dafür auf EU- und internationaler Ebene einzusetzen:

Eine Differenzierte sachliche Analyse muss Grundlage von Entscheidungen und konkreten Handlungen sein.

Ad 1. Menschenrechte, Schutz und Sicherheit müssen vom Herkunftsland, entlang der Fluchtwege und im Aufnahmeland im Zentrum stehen. Das Recht auf Schutz für Flüchtlinge entspricht den Vorgaben der Genfer Konvention, muss durch legale Wege z.B. durch Resettlement sichergestellt und Integration gefördert werden.

Vorhersehbare und ausreichende Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge sicherstellen

Für die Flüchtlingsbetreuung in den Nachbarregionen müssen ausreichende und planbare Mittel zur Verfügung stehen. Neben Nothilfe geht es dabei auch um das Schaffen längerfristiger Perspektiven und Unterstützung für die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur des Aufnahmelandes. Die Einbeziehung der Bedürfnisse der Aufnahmegesellschaft ist zentral, um Spannungen vorzubeugen.

Ad 2. Entwicklungszusammenarbeit muss sich primär an den Zielen sozialer Gerechtigkeit und einer ganzheitlichen nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern auf Basis der SDGs orientieren.

- Für die Österreichische EZA müssen dabei die in **EZA Gesetz und Dreijahresprogramm** festgelegten Prinzipien und Schwerpunkte als Richtschnur dienen. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit müssen langfristig ausgerichtet sein und den Menschen in den Herkunftsländern Perspektiven eröffnen.
- In **Konfliktregionen** ist es wichtig, dass alle Interventionen und die Partnerauswahl mögliche Auswirkungen auf den Konflikt berücksichtigen. Programme können Konfliktbearbeitung, Versöhnung und Unterstützung des Aufbaus staatlicher Strukturen, Einsatz für Menschenrechte inklusive Gewaltprävention für Frauen umfassen.
- Eine **Stärkung der Zivilgesellschaft** ist neben dem Aufbau staatlicher Strukturen ein wichtiger Faktor, der die positive Entwicklung eines Landes vorantreiben kann.
- Die Menschen müssen **Perspektiven in ihren Herkunftsländern** haben, ein gutes und menschenwürdiges Leben führen zu können. Die EZA leistet dazu einen wichtigen Beitrag z.B. über Unterstützung in Bildung und Ausbildung, der **Förderung lokaler Unternehmen und lokaler Wertschöpfung**, die Möglichkeiten für Arbeit und Einkommen bieten, der **Förderung kleinräumiger ökologischer Landwirtschaft und Zugang zu Ressourcen und erneuerbaren Energien**. Auch Möglichkeiten der sozialen Absicherung spielen eine wichtige Rolle.
- Eine **Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit zur Abwehr von Flüchtlingen und Migranten** lehnen wir ab. Kosten von Betreuung und Rückführung von Flüchtlingen oder Grenzschutzmaßnahmen sind nicht Teil der Entwicklungszusammenarbeit, dürfen nicht aus EZA-Budgets finanziert und nicht als ODA gezahlt werden. Die Österreichische Bundesregierung muss sich innerhalb der EU gegen einen derartigen Missbrauch der EZA stellen. Auf die Einhaltung von Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards ist unbedingt zu achten, um kontraproduktive Maßnahmen auszuschließen.

Ad 3. Politische Lösungen

Um tatsächlich an den Ursachen anzusetzen, sind politische Lösungen und geeignete Rahmenbedingungen zentral. Dabei muss man neben den unmittelbaren Auslösern komplexere dahinter liegende Ursachen angehen.

A. Krisenprävention und Friedenspolitik setzt bei den Auslösern von Fluchtbewegungen an

- **Krisenprävention und Friedenspolitik** sind als oberste Priorität zu sehen. Friedensdiplomatie muss Interessenausgleich und Gerechtigkeit, Konfliktbearbeitung und Versöhnung im Blick haben. Die Einbindung v. Zivilgesellschaft und Religionsgemeinschaften leisten dabei wichtige Dienste.
- Eine **Reform des UN-Weltsicherheitsrates** ist dringend vonnöten, um im Namen aller Mitglieder den Frieden und die Sicherheit aufrechterhalten. Eine gleichberechtigten Vertretung von Ländern des Globalen Südens und die Einbeziehung von VertreterInnen von Menschen aus den Konfliktregionen sollten zu Entscheidungen beitragen können.

- **Kriegen und Konflikten muss die Geschäftsgrundlage entzogen werden**
Das bedeutet den entschiedenen Kampf gegen Waffenhandel sowie das Eindämmen damit verbundener Geldströme, von Korruption und Geldwäsche auf internationaler Ebene.

B. An Ursachen von Konflikten, Vertreibung und Zwangsmigration ansetzen

Politische Anliegen - Frieden und Sicherheit

- Einsatz für **Menschenrechte** und **soziale Gerechtigkeit** sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger schaffen die Grundlage für Frieden, Sicherheit und von der Bevölkerung mitgetragenen Entwicklung. Lebensgrundlagen zu erhalten trägt auch zur Konfliktvermeidung bei.

Politische Anliegen – Erhaltung von Lebensgrundlagen

- **Um die Auswirkungen des Klimawandels** einzuschränken, sind die im **Pariser Klimaabkommen** gesteckten Ziele beim globalen **Klimaschutz** und zur **Unterstützung bei der Klimawandelanpassung** auch in konfliktgefährdeten Regionen ambitioniert zu verfolgen.
- **Gerechte Handelsbeziehungen** sind Voraussetzung für eine eigenständige Entwicklung der betreffenden Länder. Die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** müssen die Förderung der Bio-/Kleinlandwirtschaft und arbeitsplatzschaffender Klein- und Mittelunternehmen (KMUs) ermöglichen und die lokale Bevölkerung durch garantierte Landrechte diese vor Vertreibungen schützen.
- Verpflichtende **Menschenrechts- Umwelt- und Sozialstandards** und Regulierungen für **Multinationale Unternehmen** und ihre Steuerverpflichtungen sollen im Sinne des „Do no harm“ Ansatzes negative Auswirkungen hintanhalten.
- Visionärer ist die **Förderung von Kreislaufwirtschaft** statt Ausbeutung natürlicher Ressourcen z.B. durch Bergbau.

Wien, am 27. Oktober 2016

Redaktion: Mag. Hildegard Wipfel

Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Hödl

Koordinierungsstelle der Österreichischen
Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission
Türkenstraße 3/3, 1090 Wien; Telefon: 01/317-03-21
Email: info@koo.at Homepage: www.koo.at

Anhang: Projektbeispiele von KOO- Mitgliedsorganisationen

Humanitäre Hilfe/Flüchtlingsbetreuung:

- **Caritas:**
Nothilfe in Jordanien und im Libanon:
Die Caritas verteilt vorwiegend Lebensmittelpakete, Hygieneartikel, Decken, Matratzen und Kleidung an Flüchtlingsfamilien. Auch medizinische Hilfe wird den Flüchtlingen ermöglicht.
Bisher konnte die Caritas Österreich mehr als 18.000 Menschen im Libanon und 78.000 Menschen in Jordanien unterstützen, darunter nicht nur syrische Flüchtlingsfamilien sondern auch besonders armutsgefährdete jordanische und libanesischen Familien.

Bildungsprogramm für syrische Flüchtlingskinder in Jordanien und Libanon:

Seit September 2015 unterstützt die Caritas ein Regionalprogramm zu ganzheitlicher Bildung für syrische Flüchtlingskinder, das insgesamt 8.500 Kindern und Jugendlichen zugutekommt. Die Caritas finanziert den Schulbesuch der Kinder in privaten Regelschulen, leistet psychosoziale Unterstützung für die zum Teil enorm traumatisierten Kinder und bietet auch Trainings für die Eltern an.

- Auch [Kirche in Not](#), [Initiative Christlicher Orient](#), [Missio](#) und Ordensgemeinschaften wie die [Jesuitenmission](#) sind in dieser Region aktiv.
- **Missio-Päpstliche Missionswerke:**
Rwanda: [Jugendarbeit für burundische Flüchtlinge im Flüchtlingscamp Mahama](#)

Im Camp von Mahama in Rwanda sind mehr als 45.000 überwiegend jugendliche Flüchtlinge aus Burundi gestrandet, die Opfer des Konflikts um die 3. Amtszeit des Präsidenten sind.

Neben der unmittelbaren Nothilfe für Unterkünfte, Essensversorgung und Schulbildung im Camp in Zusammenarbeit mit der Caritas und verschiedenen NGOs soll mit der Unterstützung von Missio die Betreuung der Kinder und Jugendlichen im Camp verstärkt werden. Im Rahmen von Tanz- und Theatergruppen und Sport erhalten die jungen Menschen Raum, das Erlebte aufzuarbeiten und auszudrücken. Gewaltpotentiale durch selbst erlebte Gewalt sollen so abgebaut und das friedliche Zusammenleben unter den Flüchtlingen im Camp gefördert werden. In zusätzlichen Workshops werden die Jugendlichen auch über die Gefahren von Aids und sexueller Ausbeutung vor allem von Mädchen aufgeklärt.

Friedens- und Versöhnungsarbeit

- **KIRCHE IN NOT**
Syrien: Friedensappell von über einer Million Kinder

Unter dem Motto: „Frieden für Kinder“ malten und schrieben die Kinder aus mehr als 2000 Schulen in ganz Syrien Anfang Oktober Botschaften, die sie an die politischen Verantwortlichen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen richteten. Dieser Friedensappell ist eine gemeinsame Aktion von katholischen und orthodoxen Christen in Syrien, an der auch die Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften – darunter viele Muslime – teilnahmen und fand auf Anregung der päpstlichen Stiftung KIRCHE IN NOT statt.

- **Katholische Frauenbewegung Österreichs/Aktion Familienfasstag:**
[Friedensarbeit und Gewaltprävention mit Mädchen und Frauen in Medellín/ Kolumbien](#)

Im Zuge der Konflikte in Kolumbien haben verschiedenen Formen der Gewalt gegen Frauen zugenommen wie auch innerfamiliäre, sexuelle Gewalt sowie das Phänomen der Frauenmorde. Die Einbeziehung einer Genderperspektive ist daher für eine nachhaltige Lösung im Rahmen der aktuellen Friedensverhandlungen zentral. Das Projekt der Partnerorganisation „Vamos Mujer“ soll einen Beitrag zur Schaffung von Territorien frei von Gewalt gegen Frauen leisten und jugendliche und erwachsene Frauen und Mädchen als Akteurinnen des Friedensaufbaus im Sinne der UN-Resolution 1325 positionieren. Durch Ermittlung der verschiedenen Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen und deren Auswirkungen auf die sozio-kulturellen Beziehungen sowie Erstellung eines Berichtes an die Regierung soll die Gewalt sichtbar gemacht und die Menschen sensibilisiert werden. Öffentliche Veranstaltungen, Workshops und Schulungen beschäftigen sich mit den Themen Gewalt, Maskulinität, Konflikt und Gender. In über 19 Frauengruppen in 4 Regionen werden ca. 800 Mädchen, Frauen und tw. Männer erreicht.

- Die **DKA** unterstützt u.a. auch Projekte der **Friedens- und Versöhnungsarbeit** in der Diözese Rumbek/**Südsudan**, der Friedensarbeit und Konfliktprävention in Ägypten, sowie **interreligiöse Initiativen** für Konfliktprävention, Frieden und Entwicklung in Myanmar und den Philippinen.

In **Kolumbien** unterstützt die **DKA** u.a. die Friedens- und Lobbyarbeit des kolumbianischen Netzwerks für Demokratie und Frieden zu den **Auswirkungen der Bergbauindustrie** und ist in Europa in der Anwaltschaft zur [europäischen Gesetzgebung zum Handel mit Konfliktmineralien](#) aktiv.

Lebensgrundlagen schaffen

- **Bruder und Schwester in Not Innsbruck:**
El Salvador: Unterstützung kleinbäuerlicher landwirtschaftlicher Produktion

In der Region Morazán, eines der ärmsten Gebiete des Landes, lebt ein Großteil der Bevölkerung in Armut, die kleinbäuerliche, landwirtschaftliche Produktion reicht nur knapp zum Überleben. Gewalt, fehlende Perspektive und Arbeitslosigkeit tragen zur Abwanderung bei. Der Klimawandel verschärft die Ernährungssituation. Das Projekt der „Fundación Segundo Montes“ soll durch Gründung und Stärkung

von Kleinstunternehmen und der Förderung von Agrarökologie (Kleintierhaltung, Bodenverbesserung, Umweltschutz, integrale ökologische/biologische Landwirtschaft) zur Erhaltung der Lebensgrundlagen und Einkommensschaffung beitragen und Perspektiven schaffen. Weiterbildungen, die Organisation der ländlichen Bevölkerung und Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen sind wichtige Bestandteile, um nachhaltige eigenständige Entwicklung zu ermöglichen.

Weitere KOO Mitgliedsorganisationen unterstützen Projekte zur Förderung **nachhaltiger Landwirtschaft** und **ländlicher Entwicklung** zur Ermöglichung von Ernährungssicherheit, Bildung und Einkommen u.a. Welthaus Graz, HORIZONT3000 und Caritas zum Beispiel im Senegal und Äthiopien, die Katholische Männerbewegung/Aktion Seisofrei und kfb/Familienfasttag in Nicaragua in Verbindung mit Fairtrade.

- **Dreikönigsaktion - Hilfswerk der Katholischen Jungschar (DKA):**

Afrikanische Bischofskonferenz: eine Kirche für Entwicklung, Gerechtigkeit und Frieden (Symposium of Episcopal Conferences of Africa and Madagascar SECAM).

Die katholische Kirche Afrikas ist zunehmend bemüht, ihren Einsatz für Rahmenbedingungen zur Armutsbekämpfung und Arbeit für Gerechtigkeit und Frieden in einzelnen Ländern kontinental zu vernetzen und im Sinne der anwaltschaftlichen Arbeit für die Armen politische Instanzen anzusprechen. Im Fokus stehen gemeinsame Probleme wie Auswirkungen des Klimawandels, Menschenrechtsverletzungen, mangelnde Partizipationsmöglichkeiten, Korruption, Instrumentalisierung von Religion und Ethnizität in Konfliktsituationen, die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher sowie die Benachteiligung von und Gewalt gegen Frauen.

Projektziel ist es, die nationalen und die regionalen Strukturen der Kirche in Afrika in die Lage zu versetzen, rasch auf politische, soziale und ökonomische Prozesse in Bezug auf ihre Folgen für Armut, Gerechtigkeit und Versöhnung zu reagieren, Stellungnahmen zu erarbeiten und sie in den regionalen, kontinentalen bzw. internationalen Prozess einzubringen. Mittels diverser Trainingsworkshops für Kirchenführer/innen und Ausweitung des Raums für Dialog mit gesellschaftlichen Kräften und Regierungen sollen die Ortskirchen befähigt werden, bei regionalen und internationalen Prozessen die Interessen der Ärmsten bei zuständigen politischen Instanzen zu vertreten. Geplant ist auch Lobbyarbeit zu Themen wie Anpassung an den Klimawandel, HIV/Aids-Bekämpfung sowie das Beitragen zu nationalen und regionalen Versöhnungsprozessen – u.a. durch fünf Friedensmissionen und eine afrikaweite Versöhnungskampagne.

Afrikaweite kirchliche Konferenz zu Landraub

Die DKA unterstützte auch eine afrikaweite Konferenz zu Landraub (landgrabbing), die von der afrikanischen Bischofskonferenz SECAM gemeinsam mit dem Africa Faith & Justice Network (AFJN) mit Sitz in Accra und Africa Europe Faith & Justice Network (AEFJN) mit Sitz in Brüssel organisiert wurde. Die Konferenz fand unmittelbar vor dem Papst-Besuch in Kenia Ende November 2015 statt, wo die Problematik des Landraubs aufgegriffen werden sollte. Ziel der Konferenz war es, ein besseres Verständnis für die Dynamiken des Landraubs anhand konkreter Beispiele in Afrika zu erwirken, Strategien und Aktionspläne gegen diese zunehmende Problematik zu entwickeln und ein gemeinsames Statement zu verabschieden. Die Einbindung von Justice&Peace Abteilungen der Kirche und NGOs ermöglicht eine Vernetzung verschiedener Organisationen, Betroffener und der Kirche. Ein Follow-Up soll den Umgang mit konkreten Unrechtssituationen ermöglichen.

Tansania: Trainings der Gemeinden zu Landrechten und Management von natürlichen Ressourcen in den Distrikten Kilindi und Morogoro

Nationale und internationale Interessen des Agrobusiness üben starken Druck auf weite Teile landwirtschaftlich attraktiver Gebiete Tansanias aus - u.a. im Projektgebiet Morogoro Land und Kilindi. Verschärft durch das Fehlen transparenter Landvergabe und -verwaltung, Korruption und Unwissen über die Gesetzeslage kommt es zu Vertreibungen von Kleinbauern und -bäuerinnen und Pastoralist/innen von ihren angestammten Flächen, was zunehmend zu Konflikten führt.

Kernziel des Programmes ist es – sozial gerecht und für alle gleich geltend –, Zugang, Nutzung, Besitz und Kontrolle von Land und seinen natürlichen Ressourcen zur Produktion von Nahrungsmitteln und zur Abdeckung damit verbundener Grundbedürfnisse der lokalen Bevölkerung zu sichern. Die Landrechts- und Bauernorganisation LARRRI (Land Rights Research and Resource Institute) unterstützt Kleinbauern

und -bäuerinnen und Hirten durch Information und Rechtsaufklärung und -beratung, damit diese ihre (Land-)Rechte einfordern können sowie in der Schlichtung von Landstreitigkeiten. Vorarbeiten für die Erstellung von Dorfflächennutzungsplänen und Ausstellung von Wohnheitsrechtszertifikaten sollen Landvergabe auf Dorf- und Bezirksebene verbessern und die Rechtssicherheit von Landbesitz erhöhen.

- **Katholische Frauenbewegung Österreich/ Aktion Familienfasttag:**
Philippinen: [Rechtliche Unterstützung und Bewusstseinsbildung von Arbeitsmigrantinnen](#)

Arbeitskraft ist das wichtigste „Exportgut“ der Philippinen. 5.000 Personen verlassen täglich die Philippinen, um ins Ausland gehen, weil sie in ihrer Heimat keine Arbeit finden oder zu wenig Geld verdienen, um Nahrung und Bildung für ihre Kinder zu bezahlen. Geldüberweisungen der Menschen aus dem Ausland machen geschätzte 12% des BIP aus.

Die kfb-Partnerorganisation Mindanao Migrants will die Rechte und Lebensbedingungen von ArbeitsmigrantInnen und deren Familien in Davao City schützen: über politisches Lobbying, über Aufklärungsarbeit und über psychosoziale Betreuung der betroffenen Familien, besonders der Kinder. Migrantinnen werden durch Beratung und Wiedereingliederung nach deren Rückkehr unterstützt und mit dem nötigen Know-How ausgestattet, um den Schritt in die Selbständigkeit wagen zu können und Einkommensmöglichkeiten im eigenen Land zu erhalten.

- **Jesuitenmission-MENSCHEN FÜR ANDERE:**
[Flüchtlinge und Benachteiligte lernen weltweit gemeinsam](#)

Die Jesuiten in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich haben gemeinsam in Genf ein digitales Bildungsprogramm für Benachteiligte und Flüchtlinge etabliert: «Jesuit Worldwide Learning JWL». Ziel ist es, junge Menschen in Krisenregionen, also in Slums, entlegenen Dörfern oder Camps, in multi-ethnischen und multi-religiösen Lerngruppen in globalen Online-Kursen auszubilden – als Führungskräfte von morgen für eine friedliche Entwicklung vor Ort. In Flüchtlingscamps und an weiteren Brennpunkten im Nahen und Mittleren Osten, Südostasien, den USA und Afrika bietet „Jesuit Worldwide Learning: Higher Education at the Margins“ (JWL) Geflüchteten und Benachteiligten mit Computerlernplätzen und Online-Kursen unter anderem die Möglichkeit, ein Diploma of Liberal Studies einer US-Universität zu erwerben. Das europäische Regionalbüro ist an der Hochschule für Philosophie in München an deren Institut für Gesellschaftspolitik angesiedelt.

Förderung der Zivilgesellschaft

- **HORIZONT3000**
Ostafrika: **[KONSORTIALPROJEKT: STÄRKUNG DER KAPAZITÄTEN VON NGOS ZUR BETEILIGUNG AM POLITIKDIALOG](#)**

Soziale Weiterentwicklung führt zu Interessenskonflikten. Für deren gewaltfreie Austragung sind Kommunikationskanäle essentiell, über die betroffene Bevölkerungsgruppen sich artikulieren und in politische Prozesse einbringen können.

Ein Konsortium von 5 österreichischen NGOs – HORIZONT3000, SOS-Kinderdorf Österreich, Österreichisches Rotes Kreuz, Caritas Österreich und Care Österreich – arbeitet in einem Pilotprojekt mit 7 lokalen Partnerorganisationen in Ostafrika (Kenia, Tansania und Uganda) zusammen, die sich in den Bereichen Ernährungssouveränität, Rechte von Kindern und Jugendlichen und Frauen-Empowerment engagieren. Die Fähigkeiten der ostafrikanischen Partnerorganisationen, sich zu ihren Kernthemen in den Politikdialog einzubringen, werden mittels Trainings, Lern- und Austauschevents gestärkt. Die Integration zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Politikdialog ist von zentraler Wichtigkeit, da sie die lokale Bevölkerung vertreten und ihren Interessen auf nationaler Ebene Gehör verschaffen. Erfahrungen in diesem Bereich werden dokumentiert und geteilt, Empfehlungen erarbeitet und präsentiert.